

Es geht nicht voran

Bei der Veranstaltungswirtschaft und dem Gastgewerbe liegen die Nerven blank

Niemand möchte in diesen Tagen gern Politiker sein. Was sie auch tun, es sind genauso viele dafür wie dagegen. Schon in unserem Newsletter vom 1. Februar haben wir darauf hingewiesen, dass eine gepflegte Frisur auch eine Frage der Würde ist. Wir freuen uns, dass sich **Markus Söder**, der dringend zum Frisör muss, unserer Meinung angeschlossen hat. Warum allerdings Maniküre weiterhin verboten ist, während die Pediküre immer möglich war, erschließt sich einem nicht.

Diese Themen sind allerdings eher Kleinigkeiten gegenüber den Sorgen der Veranstaltungswirtschaft und des Gastgewerbes.

Es geht um Messen, Kongresse, Tagungen und kulturelles Leben. Bund und Länder werden noch auf Monate keine Veranstaltungen zulassen. Zugleich kommen die staatlichen Rettungszahlungen auch nach einem Jahr in der Branche nicht an. Es bleibt nur der Rechtsweg hin zu einem Entschädigungsgesetz, heißt es in einer Pressemitteilung von #AlarmstufeRot. Foto: c-o-pop.de



Die gestrigen Beschlüsse von Bund und Ländern machen unmissverständlich klar: Über viele weitere Monate wird es kein Veranstaltungswesen in Deutschland geben. Der Lockdown wird verlängert. Die Zielinzidenzwerte werden weiter herabverschärft. „Hierbei

macht uns fassungslos, dass das Veranstaltungswesen von den politisch Verantwortlichen nicht einmal mehr erwähnt wird. Anders als alle anderen Teile des wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Lebens in Deutschland ist die Veranstaltungsbranche seit bald zwölf Monaten im totalen Lockdown.“ betont Sandra Beckmann (Foto), Mitinitiatorin von #AlarmstufeRot.

Unterlassene Hilfen zerstören Wirtschaftszweig

Aus der vergessenen Branche wird die verschwiegene Branche. Die Veranstaltungswirtschaft ruft nicht, wie andere Teile der Gesellschaft, lautstark nach Wiedereröffnung. „Stattdessen hat sich dieser Wirtschaftszweig vor einem Jahr von einer verant-

wortungsbewussten Regierung zum Wohle der Allgemeinheit ins künstliche Koma versetzen lassen. Doch dort wird unsere Lage weiterhin bewusst ignoriert und die Ausrottung unserer Existenzen in Kauf genommen“, so Beckmann weiter. Denn alle seit Monaten versprochenen Kompensationsprogramme kommen nicht an, falls sie denn überhaupt schon beantragbar sind. Seien es Novemberhilfe fortfolgende oder die durchnummerierten Überbrückungsprogramme – sie alle haben nichts daran geändert, dass die deutsche Veranstaltungswirtschaft seit fast 365 Tagen ohne Einkommen ist.

Ungewollt wird die Branche von der Regierung zum letzten Mittel gezwungen: die Entschädigungsklage. Eine Prozesswelle ist der einzige verbliebene Schritt, um 100.000 Betriebe und eine Million Beschäftigte zu retten. Doch es ist für viele Dienstleister schon lange zu spät. Ihr Licht wird nie wieder angehen, denn der Rechtsweg ist lang. Was wir brauchen sind Perspektiven. Die fangen bei vollwertigen finanziellen Hilfen an und müssen in der Anerkennung der von uns entwickelten Konzepte, schlussendlich auch in die Wiederumsetzung von umsatzrelevanten Veranstaltungen kommen. Aber von all dem ist in den nun fast 365 vergangenen Tagen, nichts zu sehen. Über drei Millionen Erwerbstätige werden offensiv ignoriert und in den Ruin getrieben. Das muss sofort aufhören!

In einer Pressemitteilung der **DEHOGA** heißt es:

„Wir brauchen endlich Klarheit und Planungssicherheit.“ Verzweiflung und Existenzängste in der Branche wachsen

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) hat mit tiefer Enttäuschung und Verständnislosigkeit auf die Entscheidungen der Bund-Länder-Konferenz vom 10. Februar reagiert. „Dass Hotels und Restaurants in dem vorliegenden Beschluss mit keinem Wort erwähnt werden, löst in der Branche Frust und Verzweiflung aus“, sagt Guido Zöllick, Präsident des DEHOGA Bundesverbandes. „Wir haben nicht mit einem konkreten Öffnungsdatum gerechnet, aber definitiv mit einer Aussage, wann, wie und unter welchen Voraussetzungen Hotels und Restaurants wieder Gäste empfangen dürfen.“

Die Branche besitze höchste Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen sowie die Attraktivität der Innenstädte und der Regionen. Seit 2. November befindet sich das Gastgewerbe erneut im Lockdown. „Ende Februar werden unsere Betriebe inklusive der Zwangspause im Frühjahr 2020 insgesamt sechs

Monate geschlossen sein", macht Zöllick deutlich. „Unsere Betriebe sind wieder diejenigen, die als erste geschlossen wurden und offensichtlich als letzte wieder öffnen dürfen. Das ist unseren Betrieben nicht vermittelbar. In erheblichen Umfang haben sie in Schutz- und Hygienekonzepte investiert.“

Nach dem Corona-Jahr seien die Konten leer, die Rücklagen aufgebraucht, die Betriebe stünden mit dem Rücken zur Wand. „Drei Viertel der gastgewerblichen Unternehmen bangen laut einer DEHOGA-Umfrage von Anfang Januar um ihre Existenz“, berichtet Zöllick. „Lage und Stimmung sind katastrophal“. Die zugesagten Novemberhilfen seien bei vielen Betrieben, rund 30 bis 40 Prozent, immer noch nicht vollständig zur Auszahlung gekommen. Größere Unternehmen könnten noch nicht einmal einen Antrag stellen. „In dieser Situation den Gastgebern kein Konzept für eine Perspektive zu vermitteln, verkennt die existenziellen Nöte sowie die Verzweiflung bei Unternehmern und Beschäftigten“, so Zöllick. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die bei der Bund-Länder-Konferenz am 19. Januar versprochene Öffnungsstrategie nicht vorgelegt wurde.

freundschaft.“ Die Branche habe bewiesen, dass sie strenge Schutz- und Hygienekonzepte umsetzen kann. Das Gastgewerbe sei nachweislich kein Pandemietreiber. „Hotels und Restaurants werden auch zukünftig alle notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie konsequent mittragen“, sagt Zöllick. „Wir erwarten jedoch, dass diese gut begründet, nachvollziehbar und verhältnismäßig im Rechtssinne sind.“ Dafür sei es elementar wichtig, dass seitens der Politik alle Maßnahmen intensiviert werden, um die Infektionslage zu verbessern. So erwartet der DEHOGA deutlich mehr Tempo bei der erfolgreichen Umsetzung der Impfstrategie. Auch die Beschäftigten in Gastronomie und Hotellerie seien in den Impf-Zeitplan aufzunehmen. Zudem sei das Angebot von Corona-Tests, im besten Fall kostenfrei, flächendeckend auszubauen, die könnten zum Beispiel bei Veranstaltungen, Kongressen oder auf Reisen die Sicherheit noch einmal erhöhen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch



Foto: DEHOGA Bundesverband Thomas Fedra

Im Gegensatz dazu habe der DEHOGA detaillierte Leitlinien für ein verantwortungsvolles Wiederhochfahren des Gastgewerbes ausgearbeitet. Die Landesverbände hätten Stufenpläne entwickelt. „Spätestens zum nächsten Bund-Länder-Treffen am 3. März erwarten wir eine klare Öffnungsperspektive mit klaren Eckwerten zum Re-Start des Gastgewerbes“, sagt Zöllick.

„Zusammen mit unseren Gästen hoffen wir, dass wir spätestens eine Woche vor Ostern wieder aufmachen können, damit nicht ein zweites Mal das Ostergeschäft ausfällt.“ Dabei sei klar, dass die Gesundheit der Gäste, Mitarbeiter und Unternehmer höchste Priorität habe. Zöllick: „Wir sind die Branche der Gast-